

Datum: 2. Juni 2025

Politischer Meilenstein gegen Speziesismus – Swissveg und weitere Organisationen begrüßen JUSO-Resolution

Am 19. Mai 2025 hat die JUSO Schweiz eine wegweisende Resolution gegen Speziesismus verabschiedet. Swissveg und weitere Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen begrüßen diesen Schritt. Es ist das erste Mal, dass eine politische Partei in der Schweiz den strukturellen Ausschluss und die systematische Missachtung der Tierwürde so klar thematisiert und ablehnt.

Speziesismus bezeichnet die weitverbreitete gesellschaftliche Haltung, dass das Leben und die Interessen von Tieren in weiten Teilen ignoriert werden dürfen, weil sie nicht der Spezies «Mensch» angehören. Auf dieser Denkweise basiert auch die aktuelle Tierschutzgesetzgebung, die die Nutzung und Ausbeutung von Tieren in zahlreichen Bereichen legitimiert. Erstmals wagt es nun eine Partei, diese Form der Diskriminierung deutlich zu benennen. Anlässlich des zehnten Welttags für das Ende des Speziesismus verabschiedet die JUSO Schweiz eine Erklärung, die sich gegen diese Haltung positioniert und grundlegende Rechte auch für Tiere einfordert ^(1,2).

Empfindungsfähigkeit als Grundlage thematisieren

Gemäss Renato Pichler, Gründer von Swissveg, «ist die Unterscheidung von Mensch und Tier allein aufgrund der äusseren Erscheinung und unter Missachtung der Empfindungsfähigkeit der betroffenen Lebewesen dringend zu überdenken.» Bereits seit vielen Jahren gilt die Schmerz- und Leidensfähigkeit von Wirbeltieren und etlicher wirbelloser Tiere als wissenschaftlich belegt. Dennoch werden Tiere rechtlich gesehen nach zweifelhaften Kriterien kategorisiert: Je nachdem, ob ein Tier als 'Nutz-', 'Heim-' oder 'Versuchstier' betrachtet wird, unterliegt es unterschiedlichen Schutzbestimmungen. Diese Unterscheidung orientiert sich an menschlichen Nutzungsinteressen, ist aus moralischer Sicht aber als höchst fragwürdig zu beurteilen. «Aus diesem Grund begrüßen wir politische Bestrebungen wie die JUSO-Resolution, die die fest verankerte Ungerechtigkeit gegenüber Tieren kritisch hinterfragt», sagt Céline Schlegel, Geschäftsleiterin von Animal Rights Switzerland.

Montreal Declaration: Diskurs wird international längst geführt

Die JUSO-Resolution knüpft an eine breite internationale Debatte an, die etwa in der sogenannten Montreal Declaration on Animal Exploitation bereits deutlich Ausdruck gefunden hat ⁽³⁾. Bislang haben darin über 550 Akademikerinnen und Akademiker aus 40 Ländern, die sich auf die Moralphilosophie und die politische Philosophie spezialisiert haben, auf Basis des aktuellen Wissensstands in ihren Fachgebieten auf die ungerechtfertigte Benachteiligung von Tieren hingewiesen: «Wir verurteilen Praktiken, bei denen Tiere als Objekte oder Waren behandelt werden. Wir erklären, dass die Ausbeutung von Tieren, insofern sie mit unnötiger Gewalt und Schaden einhergeht, ungerecht und moralisch nicht vertretbar ist.» Das Anliegen wurde inzwischen von verschiedenen Parteien, so auch etwa von der 1993 gegründeten deutschen Partei Mensch Umwelt Tierschutz, aufgenommen. Erstmals wagt es nun eine Partei, über die Forderung der GPS nach Grundrechten für Tiere hinaus ⁽⁴⁾, auch die dahinterliegende Diskriminierung zu beleuchten und diese in den politischen Diskurs der Schweiz einzubringen.

Konkrete politische Verantwortung gefordert

Obwohl Tierleid gemeinhin abgelehnt wird, ist die Missachtung grundlegendster Bedürfnisse von Tieren in Recht und Gesellschaft fest verankert. Dringend notwendige strukturelle Veränderungen werden aufgrund politischer und wirtschaftlicher Interessen verhindert. «Eine verfehlte Subventionspolitik und das fehlende Hinterfragen althergebrachter Praktiken und Gewohnheiten fördert und zementiert den respektlosen Umgang mit Tieren in Landwirtschaft, Forschung und Unterhaltungsindustrie», sagt Vanessa Gerritsen, Mitglied der Geschäftsleitung bei der Stiftung für das Tier im Recht (TIR). Swissveg und die unterzeichnenden Organisationen setzen sich dafür ein, dass die Debatte über Speziesismus nicht beim symbolischen Bekenntnis stehenbleibt. Politische Konsequenzen müssen folgen – in der Gesetzgebung, in der Subventionspolitik sowie in Bildung und öffentlicher Aufklärung. «Tierrechte sind kein Nischenthema, sondern gehören in den Kern politischer Verantwortung – jetzt braucht es Mut, diese Haltung konkret und konsequent umzusetzen», sagt Tobias Sennhauser, Berner Stadtrat und Mediensprecher bei Tier im Fokus (TIF).

Medienkontakte

Swissveg

Renato Pichler, Präsident u. Geschäftsführer
renato.pichler@swissveg.ch
+41(0)71 477 33 77

Stiftung für das Tier im Recht (TIR)

Vanessa Gerritsen, Mitglied der Geschäftsleitung
gerritsen@tierimrecht.org
+41 (0)43 443 06 43

Animal Rights Switzerland

Céline Schlegel, Stv. Geschäftsleiterin
celine.schlegel@animal-rights-switzerland.ch

Tier im Fokus

Tobias Sennhauser, Berner Stadtrat u. Mediensprecher bei TIF
tobias.sennhauser@tierimfokus.ch

Materialien und Bezüge

1: Welttag zum Ende des Speziesismus

<https://end-of-speciesism.org/de/>

2: Juso Resolution Mai 2025

<https://juso.ch/de/positionspapiere/fur-das-ende-des-speziesismus>

3: Montreal Declaration on Animal Exploitation

<https://www.swissveg.ch/de/deklaration-montreal-ausbeutung-von-tieren>
<https://greea.ca/en/list-of-signatories>

4: Wahlprogramm 2023-27 GPS, Grundrechte für Tiere

https://gruene.ch/wp-content/uploads/2022/11/Agenda2023_Version_2_d_final.pdf

